

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Dr. Johannes...  
Redaktion: ...  
Druck: ...

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000  
Nr. 37 Sonnabend, den 13. Februar 1932 27. Jahrgang

### Neuer Vorstoß Litauens in Memel?

#### March auf Memel?

Berlin, 11. Februar. Die Berliner Abendblätter haben übereinstimmend die große Gefahr eines litauischen Vorstoßes auf Memel hervor. Man befürchtet, daß die litauischen Schützenverbände vor dem Einsetzen des litauischen Außenministers Jaunius in Genf kollaborierende Taten schaffen wollen in der Erkenntnis, daß der Völkerbund seit seinem Entstehen jeden Gewaltakt dieser Art nachträglich gebilligt hat. Die Erregung der deutschen Bevölkerung im Memelland sei außerordentlich groß, und man befürchte das Schlimmste.

#### Neue deutsche Note

Genf, 11. Februar. Staatssekretär von Bülow hat heute vormittag eine neue Note an den Generalsekretär des Völkerbundes geschickt, worin er die neuen Rechtsdränge im Memelgebiet, die bereits aus der Presse bekannt sind, zur Kenntnis des Völkerbundes bringt. Die deutsche Regierung wiederholt in dieser Note ihren Antrag, daß der Völkerbundrat in Unberücksichtigung der Dringlichkeit der Angelegenheit sofort zu einer Sitzung einberufen werde. Denselben Zweck dienten Besprechungen, die der Staatssekretär gestern persönlich mit dem Generalsekretär hatte. Heute vormittag wird noch bekannt, daß der litauische Außenminister dem Generalsekretär des Völkerbundes mitteilt, er sei bereit, am 18. Februar in Genf zu erscheinen, um sein Land in der Memelaffäre zu vertreten. Gestern hatte Herr Jaunius telegraphiert, es sei ihm nicht möglich, vor dem 24. zu kommen. In Völkerbundskreisen äußert man ein gewisses Befremden über die merkwürdige Haltung des litauischen Außenministers gegenüber dem Völkerbund, dessen Generalsekretär sich seit dem deutschen Antrage bemüht, die Angelegenheit schleunigst vor den Völkerbundrat zu bringen. Man erklärt in Völkerbundskreisen ganz offen, daß das Verhalten des Herrn Jaunius weniger als ein Affront gegen Deutschland, sondern als eine Verhöhnung des Völkerbundes aufgefaßt werde.

Berlin, 11. Februar. Wenn von offizieller und offizieller litauischer Seite versucht wird, die Vorgänge in Memel zu bagatelisieren und das Vorgehen gegen den Präsidenten des Landesdirektoriums als eine unbedenkliche Rechtschaltung zu bezeichnen, so stehen dem die zahlreichen Nachrichten über die Aktion der litauischen Schützenverbände gegenüber. Der ursprüngliche für heute beabsichtigte Aufmarsch dieser Verbände ist zwar nicht erfolgt, aber es ist anzunehmen, daß er in den nächsten Tagen, vielleicht schon ab morgen, durchgeführt werden wird. Schon Ende Januar hatten sich etwa 5000 litauische Schützen der Regierung in Romno zur Verfügung gestellt, um die Memelregierung zu besetzen. Zahlreiche Beamte, die Mitglieder der Schützenverbände sind, sind von ihren Behörden beurlaubt worden, um sich an den Aufmärschen und Versammlungen dieser Verbände zu beteiligen. Bemerkenswert ist, daß zwar deutsche Versammlungen im Memelgebiet verboten werden, aber den Litauern ein Demonstrationsszug erlaubt ist, der sogar von amtlicher litauischer Seite gefördert wird. Diese Demonstration soll in der Form eines Marsches auf Memel am 18. Februar (dem litauischen Unabhängigkeitstage) erfolgen und soll zweifellos die endgültige Befestigung der Autonomie des Memellandes vorbereiten.

Oberstaatsanwalt findet keine Handhabe gegen Böttcher  
Memel, 11. Februar. Bekanntlich war geplant, gegen Präsident Böttcher wegen seiner Berliner Reise ein Verfahren wegen Landesverrats einzuleiten. Wie jetzt aus Romno zuverlässig verkundet, soll der Oberstaatsanwalt des Kriegsgerichts festgestellt haben, daß das vorgelegte Material nicht ausreicht, um wegen Landesverrats gegen Präsident Böttcher ein Verfahren einzuleiten.

Die Direktoriumsmitglieder für das Memelgebiet von den Reichsheidparteiern abgelehnt  
Memel, 11. Februar. Der Gouverneur des Memelgebietes, Merz, hat dem Präsidenten des Landtages, von Drehtler, offiziell den Vorschlag gemacht, in Verhandlungen über die Bildung eines Direktoriums einzutreten. Der Ausschuß, der am Montag von den Fraktionen der Reichsheidparteiern des Landtages gebildet worden ist, um zu allen Fragen Stellung zu nehmen, die im Zusammenhang mit der Einsetzung des Direktoriums Böttchers aufstehen,

hat beschlossen, dem Gouverneur ein Schreiben zu überreichen. In diesem Schreiben, das dem Gouverneur inzwischen schon zugeleitet worden ist, wird u. a. ausgeführt: Wir berufen uns auf das Jhnen am 6. Februar übergebene Protestschreiben. Nach der darin zum Ausdruck gebrachten Rechtsauffassung sind wir nicht in der Lage, Vorschläge für die Befestigung des Postens eines Präsidenten des Direktoriums zu machen, solange die Angelegenheit des Präsidenten Böttcher nicht völlig geklärt worden ist und so lange der Völkerbundrat nicht darüber verhandelt hat.

#### Tollschuß verhindert Kreisratsneuwahl

Memel, 11. Februar. Die vom Direktorium Böttcher für den 15. Februar d. J. festgesetzte Neuwahl zum Memeler Kreisrat ist jetzt vom Direktorium Tollschuß auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden.

#### Litauen dementiert Gerüchte über Putschvorbereitungen

Romno, 11. Februar. Die in Wiga residierenden Gesandten Rußlands und Amerikas sind gestern hier eingetroffen. Beide hatten längere Unterhaltungen mit dem litauischen Außenminister. Angeblich soll der englischen Diplomat einen für Litauen nicht ungünstigen Standpunkt hinsichtlich der Befestigung Böttchers eingenommen haben. In der litauischen Bevölkerung hat die Stimmung gegen Deutschland zugenommen, obwohl die Zensur der Presse Zurückhaltung aufweist. In politischen Kreisen Litauens erklärt man, wenn der Genfer Rat die Befestigung treffe, daß das Vorgehen von Merz rechtswidrig sei, daß dann eben nicht nur Böttcher, sondern auch Merz gehen müsse. Litauen habe dann jedenfalls die Entfremdung Böttchers von seinem Amte erreicht. Hinsichtlich der Gerüchte von Putschvorbereitungen der litauischen Verbände wird an amtlicher Stelle erklärt, daß die Regierung nach wie vor auf dem Boden des Memelstatuts stehe. Irigendwelche Annahmen, daß die Schützenverbände eine Aktion einleiten könnten, seien abwegig. Die Regierung werde Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten.

gen Standpunkt hinsichtlich der Befestigung Böttchers eingenommen haben. In der litauischen Bevölkerung hat die Stimmung gegen Deutschland zugenommen, obwohl die Zensur der Presse Zurückhaltung aufweist. In politischen Kreisen Litauens erklärt man, wenn der Genfer Rat die Befestigung treffe, daß das Vorgehen von Merz rechtswidrig sei, daß dann eben nicht nur Böttcher, sondern auch Merz gehen müsse. Litauen habe dann jedenfalls die Entfremdung Böttchers von seinem Amte erreicht. Hinsichtlich der Gerüchte von Putschvorbereitungen der litauischen Verbände wird an amtlicher Stelle erklärt, daß die Regierung nach wie vor auf dem Boden des Memelstatuts stehe. Irigendwelche Annahmen, daß die Schützenverbände eine Aktion einleiten könnten, seien abwegig. Die Regierung werde Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten.

#### Ratsitzung über den Memeler Gewaltstreik endgültig Sonnabend

Genf, 11. Februar. Der Ratspräsident hat im Einvernehmen mit dem Generalsekretär beschlossen, den Völkerbundrat auf Sonnabendnachmittag zur Prüfung der Ereignisse im Memelgebiet einzuberufen.

### Reichstag am 23. Februar

Berlin, 11. Februar. Die nächste Reichstagsitzung wird, wie von vornherein beabsichtigt war, am Dienstag, dem 23. Februar nachmittags 3 Uhr stattfinden. Nach den vorläufigen Dispositionen steht die Festsetzung des Termins für die Wahl des Reichspräsidenten auf der Tagesordnung. Die Vorlage der Regierung darüber wird voraussichtlich vom Reichsinnenminister selbst begründet werden. Daran dürfte sich eine größere politische Debatte anschließen. Die Beratungen sollen dann so gefördert werden, daß den Abgeordneten Gelegenheit bleibt, an der Agitation für die Wahl des Reichspräsidenten teilzunehmen. Der Könnte dann also Mitte März wieder zusammentreten.

### Reparationskonferenz im Juni?

London, 11. Februar. In maßgebenden Kreisen Londons erklärte man heute, Sir John Simon werde während seines Aufenthaltes in Genf wahrscheinlich die Gelegenheit ergreifen, mit Vertretern der betroffenen Mächte die Abhaltung der Reparationskonferenz im nächsten Juni zu erörtern. Der Erfolg der Beratungen Sir John Simons in Genf wird davon abhängen, ob eine hinreichende Übereinstimmung über den Aufgabenkreis der Konferenz erreicht werden kann.

### 1450000 Eintragungen für Hindenburg

Berlin, 11. Februar. Die bisher dem Hindenburg-Ausschuß gemeldeten Eintragungen belaufen sich auf 1 450 000.

### Drei Kandidaten?

Endgültige Entscheidung am Sonnabend  
Berlin, 11. Februar. Reichskanzler Dr. Brüning hat heute in einer anderthalbstündigen Aussprache mit dem Reichspräsidenten seinen Bericht über die Genfer Abrüstungskonferenz erstattet und die Frage der Präsidentenwahl erörtert. Der Verlauf dieser Unterredung dürfte bekräftigt haben, daß bis zum Sonnabend in jedem Fall eine Entscheidung über die Kandidatenaufstellung zu erwarten ist. Der Reichspräsident wird bis dahin wohl mit einem Aufruf zugunsten Hindenburgs hervortreten, und zur Zeit scheint ihm wesentlich nur noch die Frage, ob der Stahlhelm sich einem solchen Aufruf anschließen wird. Ebenso scheint festzustehen, daß im Fall einer Kandidatur Hindenburgs für die Nationalsozialisten Dittler selbst kandidieren will — unter der Voraussetzung, daß seine Einbürgerung in Deutschland entsprechend beschleunigt wird. Stahlhelm und Deutschnationale haben sich bis jetzt für keine der beiden Kandidaturen entschieden. Eine Rolle scheint bei ihnen immer noch die Erwartung zu spielen, daß der Reichspräsident nicht ohne weiteres zur Kandidatur im

ersten Wahlgang bereit sein wird, obgleich er gestern gegenüber den Reichsverbänden eine weitere Verschiebung der Entscheidung abgelehnt hat. Für die Kommunisten wird Thälmann aufgestellt.

### Nationalsozialisten und Reichspräsidentenwahl

Berlin, 11. Februar. Der Berliner Führer der Nationalsozialisten, Abgeordneter Dr. Goebbels, beschäftigt sich in einem Artikel im „Angriff“ mit der Stellungnahme der Nationalsozialisten zur Reichspräsidentenwahl. Einleitend wendet sich Goebbels gegen die Aktion des Sachm-Ausschusses, dessen Werbung die Nationalsozialisten nicht interessieren. Auch die Gerüchte über eine Sprengung der Harzburger Front, deren Ziel der Sturz der Regierung Brüning sei, weist Goebbels zurück. In der Wiederaufstellung Hindenburgs erblickt Goebbels dann weiter, daß bei den Auseinandersetzungen der nächsten Wochen nicht so sehr der Name Hindenburg im Vordergrund stehe als vielmehr die Politik, die er auf Ratsschlag seines Ränglers mit seiner Autorität geübt habe. Diese Politik müsse nach dem Willen der nationalen Opposition befestigt werden. Darüber könne es gar keine Diskussion mehr geben. Sogar es nicht mit Hindenburg, dann müsse es eben gegen ihn gehen, es sei denn, der Generalfeldmarschall entschlüsse sich dazu, es ohne ihn gehen sollte. Der Präsident wird, darüber könne, so schließt der Artikel, kein Zweifel mehr bestehen: der, den wir wählen. Es soll aber vorher die Garantie geschaffen sein, daß er dem Reich nicht nur präsidentiert, sondern daß er das Reich führt.

### Die Deutsche Volkspartei Hesse für Hindenburg

Darmstadt, 11. Februar. Der Wahlkreisvorsitzende der Deutschen Volkspartei Hesse hat heute eine Entschließung angenommen, in der betont wird, daß es für die Reichspräsidentenwahl nur einen Kandidaten des nationalen Deutschland geben wolle: Hindenburg.

### Die deutschen Abrüstungsvorschläge

Berlin, 12. Februar. Zu der angekündigten Einreichung der deutschen Abrüstungsvorschläge berichtet der „Vorwärts“, das diese ein umfangreiches Programm darstellen. Die praktischen Vorschläge zu den einzelnen Abrüstungskategorien seien grundsätzlich auf den Deutschland im Versaillesvertrag auferlegten Entwaffnungsbestimmungen aufgebaut. Das Blatt nimmt an, daß in dem Programm die vollständige Abschaffung der Hauptangriffswaffen, insbesondere der Großkampfschiffe, Tanks, Unterseeboote, Bombenflugzeuge, Gas- und chemische Angriffswaffen gefordert werde. Auch die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht, Herabsetzung des Rüstungsbestandes auf ein Mindestmaß, weitgehende Entlassung der effektiven Truppenbestände, Erfassung der ausgebildeten Reserven, wesentliche Einschränkung des gesamten aktiven und lagernden Kriegsmaterials sollen vorgeschlagen werden. Die bisher im englisch-französischen Abkommensentwurf vorgesehenen Herabsetzungen der Herenzausgaben werde als völlig ungenügend abgelehnt. Schließlich werde in dem Programm auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, während der Versailler Verhandlungen im Jahre 1919 übermittelte